

GRÜNE Mittelfranken, Fischerstrasse 6a, 91522 Ansbach

An
Presseagenturen

Bezirksverband Mittelfranken

Fischerstrasse 6a, 91522 Ansbach

0981-66688

buero@gruene-mittelfranken.de

www.gruene-mittelfranken.de

Bezirksvorstand

Marianne Schwämmlein

Ruth Halbritter

Markus Ganserer

Christian Sauter

vorstand@gruene-mittelfranken.de

PM zum Tag gegen Gewalt an Frauen, 25. November 2017

Sexualisierte Gewalt verhindern und wirksam bekämpfen

Die weltweite Kampagne unter dem hashtag #metoo, in der hunderttausende Frauen und Männer weltweit ihre Erfahrungen mit Alltagssexismus und sexuellen Übergriffen öffentlich machen, macht uns derzeit deutlich, wie wichtig es ist, eine breite gesamtgesellschaftliche Debatte über dieses Thema zu führen. Zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen am 25. November fordern die Grüne Landtagsabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin **Verena Osgyan** und die grüne Bezirksvorsitzende **Ruth Halbritter** deshalb eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber sexualisierter Gewalt und sexueller Belästigung im Alltag und am Arbeitsplatz sowie die Schaffung wirksamer Strukturen zur Prävention.

Ruth Halbritter, Kreisrätin und Grüne Bezirksvorsitzende erklärt: „Sexualisierte und frauenfeindliche Übergriffe, egal ob verbale Beleidigung oder tatsächliches Antatschen und Begrapschen, sind immer noch weit verbreitet, insbesondere in der Arbeitswelt. Für Viele bleibt ihr Fehlverhalten folgenlos. Betroffene werden unter Druck gesetzt, haben Angst davor, ihre Anstellung zu verlieren oder als Opfer stigmatisiert zu werden. Scham spielt auch eine große Rolle. Wir sollten Betroffenen Mut machen, sich zu wehren und dagegen vorzugehen.“

„Wir haben es nicht mit Einzelfällen, sondern mit einem gesamtgesellschaftlichen Problem zu tun, und das nicht erst seit gestern. Dieser Erkenntnis müssen allerdings auch politische Maßnahmen folgen, um dem wirksam entgegenzutreten. Wir müssen Strukturen schaffen, die das Problem aufgreifen anstatt es zu vertuschen. So **Verena Osgyan**, Sprecherin für Frauenpolitik der Landtags-Grünen, „Hier müssen Freistaat und Kommunen eine Vorbildfunktion einnehmen. Daher fordern wir eine Reform des Bayerischen Gleichstellungsgesetzes, um verbindliche Leitfäden und Fortbildungen zur Prävention und zum Umgang mit Belästigung und sexualisierter Gewalt im Öffentlichen Dienst zu etablieren. Betroffene müssen zudem die Chance haben, sich an eine unabhängige Ombudsstelle wenden zu können.“

Verena Osgyan und Ruth Halbritter